

<b>Protokoll:</b>	<b>Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	181
		<b>TOP:</b>	3
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	949/2019
		<b>GZ:</b>	SI
<b>Sitzungstermin:</b>	25.11.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Dr. Sußmann		
<b>Berichterstattung:</b>			
<b>Protokollführung:</b>	Herr Krasovskij / de		
<b>Betreff:</b>	<b>Pakt für Integration - Verlängerung des Integrationsma- nagements in den Jahren 2020 und 2021</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 13.11.2019, GRDRs 949/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Landeshauptstadt Stuttgart führt das "Integrationsmanagement", entsprechend dem zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden im April 2017 vereinbarten Pakt für Integration mit den Kommunen (PIK), in den Jahren 2020 und 2021 fort.
2. Die Umsetzung des Pakts für Integration, im Teilbereich Integrationsmanagement, erfolgt weiterhin in Kooperation mit den bisher in der Flüchtlingsbetreuung tätigen Trägern der Wohlfahrtspflege Stuttgart.
3. Die mit GRDRs 532/2017 "Pakt für Integration - Umsetzung bei der Landeshauptstadt Stuttgart und ergänzende Maßnahmen in den Jahren 2018/2019" beschlossene Ermächtigung bis 31.12.2019 für die koordinierende Steuerungsfunktion der Zusammenarbeit von Integrationsmanagern und Persönlichen Ansprechpartnern, 50 % in EG 10 TVöD beim Jobcenter, wird bis 31.12.2021 verlängert. Die Ermächtigung kann unbefristet ausgeschrieben und der Arbeitsvertrag unbefristet abgeschlossen werden.

4. Die mit GRDRs 532/2017 „Pakt für Integration - Umsetzung bei der Landeshauptstadt Stuttgart und ergänzende Maßnahmen in den Jahren 2018/2019“ beschlossene Ermächtigung bis 31.12.2019 für die Planungs- und koordinierende Steuerungsfunktion zur Integration von Flüchtlingen, 100 % in EG 13 TVöD beim Sozialamt, wird bis 31.12.2021 verlängert. Die Ermächtigung kann unbefristet ausgeschrieben und der Arbeitsvertrag unbefristet abgeschlossen werden.
5. Die mit GRDRs 692/2018 "Pakt für Integration - Erfüllung neuer, zusätzlicher Aufgaben aus gesetzlicher Vorschrift bei der Abteilung Sozialplanung, Sozialberichterstattung und Förderung des Sozialamts" beschlossene Ermächtigung bis 31.12.2019 für Verwaltungs- und Assistenzaufgaben, 50 % in EG 8 TVöD beim Sozialamt, wird bis 31.12.2021 verlängert. Die Ermächtigung kann unbefristet ausgeschrieben und der Arbeitsvertrag unbefristet abgeschlossen werden.
6. Der Finanzierung, wie unter Kapitel "Finanzielle Auswirkungen" dargestellt, wird zugestimmt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Nach einleitenden Worten von BMin Dr. Sußmann analog der Vorlage bekunden im Verlauf der kurzen Aussprache StRin Rühle (90/GRÜNE), StR Mörseburg (CDU), StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), StRin Dr. Hackl (SPD) und StR Dr. Mayer (AfD) ihre Zustimmung zur Drucksache.

StRin Rühle verweist darauf, dass Integration eine langfristige Aufgabe sei und plädiert vor diesem Hintergrund für eine Entfristung der im Beschlussantrag aufgeführten Stellen. Diese Anregung wird auch durch StR Pantisano unterstützt.

Frau Reichhardt (SozA) erklärt, dass auch die Sozialverwaltung eine Entfristung der betroffenen Stellen begrüßen würde.

Von StR Mörseburg wird bedauert, dass das Land Baden-Württemberg voraussichtlich keinen Zuschuss für das Integrationsmanagement im Jahr 2021 bereitstellen werde. Der Stadtrat stellt in Frage, ob die vielen einzelnen Zusatzmodule und Angebote für die Geflüchteten, die in Stuttgart im Zusammenhang mit dem Pakt für Integration geschaffen worden seien, nach Beendigung des Paktes aus finanziellen Gründen im gleichen Maße fortgeführt werden können. Ähnlich äußert sich hierzu auch Herr Spatz (SozA).

Im gleichen Kontext betont Frau Reichhardt die Wichtigkeit des Integrationsmanagements für eine erfolgreiche gesamtgesellschaftliche Integration der geflüchteten Menschen und äußert die Hoffnung auf eine finanzielle Beteiligung des Landes in Zukunft.

In seiner Wortmeldung stellt StR Dr. Mayer die Grundsatzfrage, nach welchen Kriterien eine erfolgreiche Integration überhaupt definiert werde, bzw. erkundigt sich nach den Erfolgen der geleisteten Integrationsbemühungen.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Krasovskij / de

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Sozialamt (5)  
Jobcenter  
weg. VA, GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. GPR (2)
  5. Rechnungsprüfungsamt
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS